



MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



6/2007

DIE LINKE. PDS -Zeitung für Forst und Umgebung

G8-Demo großer Erfolg – Gewalt geht von G8 aus

Die Linkspartei.PDS und die WASG beteiligten sich mit rund 10 000 Personen aus allen Teilen des Landes an der Groß-Demonstration in Rostock. Zum Verlauf der Demonstration erklären die stellvertretende Parteivorsitzende der Linkspartei PDS Katja Kipping (MdB), das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der WASG Christine Buchholz und das Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS Wolfgang Gehrcke (MdB):

Die Demonstration gegen den G8-Gipfel war ein großer Erfolg. Trotz der skandalösen Einschüchterungen in den vergangenen Wochen durch die Polizei sind 80 000 Menschen nach Rostock gekommen. Die Botschaft, die von diesem Protest ausgeht, ist eindeutig: Ob Klimawandel, Krieg oder Armut in Afrika – die G8 sind Teil der weltweiten Probleme und nicht der Lösung. Ihr Treffen bleibt illegitim, der Protest dagegen notwendig. Die Breite des Protestes von gewerkschaftlichen über kirchliche Gruppen bis hin zu globalisierungskritischen und antikapitalistischen Organisationen macht deutlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung mit der Politik der G8 unzufrieden ist.

Wir bedauern, dass es am Rande der Kundgebung zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten kam. Nach Angaben der Polizei wurden mehr als 300 Polizisten, nach Angaben der Demoleitung mindestens 520 Demonstranten verletzt. Diese Form der Gewalt – egal von wem sie ausgeht – lehnen wir entschieden ab. Das ändert nichts daran, dass die Forderungen der Demonstration richtig bleiben.

Auf vereinzelte Provokationen hat die Polizei völlig unangemessen reagiert und damit die Situation eskalieren las-

Ein Dankeschön an die Forster Jugend

Viele Forster haben sich in den vergangenen Tagen gewundert! – Eine Demonstration für Demokratie und Toleranz fand am Pfingstsonnabend statt, und auf dem darauf folgenden Sonnabend versammelten sich viele Jugendliche vor dem Kaufland.

Manchen Bürger hat das vielleicht sogar gestört.

Diesen Jugendlichen haben wir es zu verdanken, dass sich Mitglieder der NPD auf ihrem genehmigten Platz für einen Infostand vor dem Kaufland nicht aufstellen konnten.

Eine gelungene friedliche Demonstration, und die am Sonnabend durchgeführte kreative Aktion bewirkten diesen Erfolg. Mit gestalteten Einkaufsstützen wurden die Forster auf den Hintergrund dieser Aktion aufmerksam gemacht. Diese Einkaufs-



Foto: Horst Beier

tüten haben viele Forster positiv entgegengenommen. – Danke für diese Aktion.

Sie hat gezeigt, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen aller gesellschaftlichen Kräfte der Stadt ist. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Stadt von braunen Gedanken beherrscht wird. In diesem Sinne müssen sich alle demokratischen Kräfte zusammenschließen.

*Anke Schwarzenberg,
Ortsvorsitzende Die Linke.PDS*

sen. Die Bundesregierung trägt in hohem Maße Verantwortung für die Eskalation. Die Repression in den letzten Wochen hat ein Klima der Eskalation geschaffen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Regierung auf solche Medienbilder gewartet hätte. Wir wollten solche Bilder nicht.

Die größte Gewalt geht von den G8 selbst aus. George W. Bush und Tony Blair haben viele hunderttausend Tote im Irak und in Afghanistan zu verantworten. Mit der Entsendung von Tornado-Kampffjets nach Afghanistan ist die deutsche Regierung an diesen Kriegen beteiligt. Die Linkspartei.PDS und die WASG fordern die Regierung Merkel-Müntefering erneut auf, die deutschen Soldaten aus Afghanistan abzuziehen.

Nur ein paar Fakten zur offiziellen Politik der G8 und zu deren Folgen:

- Die G8-Staaten sind für 43,1 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich – sie sind die größten Umweltverschmutzer.
- Die G8-Staaten exportieren 90 % aller Waffen und geben 700 Milliarden für Rüstung aus – sie sind am Frieden nicht interessiert.
- Die G8-Staaten privatisieren die öffentliche Daseinsvorsorge, machen Rente, Gesundheit und Bildung zu Profitquellen – sie machen lebenswertes Leben vom Geldbeutel abhängig.

Absurde Politik gegen Langzeitarbeitslose



Der Aufschwung geht weitgehend an den Langzeitarbeitslosen vorbei. Das soll nach dem Willen der Bundesregierung offenbar so bleiben. Sie lehnt, wie jetzt eine Anfrage von mir im Bundestag offen legte, Änderungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Bezieher von ALG II ab. Es herrscht die Hoffnung, dass der Aufschwung Langzeitarbeitslose quasi automatisch in den Arbeitsmarkt integriert.

Das ist aber nicht der Fall. In Brandenburg ist – laut offizieller Statistik – die Zahl der Langzeitarbeitslosen von März zu April 2007 um gerade mal 749 Menschen oder 0,5 Prozent gesunken. Wenn überhaupt, gibt es Jobs für sie zu meist nur in Leih- oder Zeitarbeit und weit unter Tarif bezahlt. Gezielte Qualifizierungen, Weiterbildungen und langfristige öffentliche Beschäftigung sind Fehlanzeigen.

Teilweise suchen die Unternehmen aber händeringend nach Fachkräften – die Jobcenter können darauf jedoch nicht reagieren. Ein Grund dafür: Die Bundesregierung hält trotz deutlich verbesserter Kassenlage an ihrer Haushaltssperre von ca. 1 Milliarde Euro bei den Eingliederungsmitteln für Langzeitarbeitslose fest. Abgelehnt wird auch eine parteiübergreifende Initiative des Landtages Brandenburg, Mittel der aktiven und passiven Arbeitsförderung zusammenzubinden und zugleich Gelder des Europäischen Sozialfonds und des Bundes zu nutzen. Dabei könnte auf diese Weise der Grundsatz, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, endlich bundesweit in die Tat umgesetzt werden, eine flächendeckende öffentlich geförderte Beschäftigung eingeschlossen.

Diätenerhöhung: Wasser predigen und Wein trinken

Die Diäten der Bundestagsabgeordneten sollen von 7.009 auf 7.600 Euro erhöht werden.

Sollten die Regierungsfaktionen im Alleingang versuchen, die Abgeordnetendiäten zu erhöhen, wäre dies eine Dreistigkeit ohnegleichen. Da wird einerseits in der Koalition über die Einführung eines menschenwürdigen Mindestlohnes bis aufs Messer gestritten, bei der Erhöhung der eigenen Bezüge hingegen herrscht offenbar traute Einigkeit. Getreu dem Motto »Wasser predigen und selber Wein trinken« wird hier das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen mit Füßen getreten.

Genauso schlimm ist bei dieser Selbstbedienungsaktion der große Schaden, den der Parlamentarismus in Deutschland nimmt. Denn anscheinend hat es der Bundestagspräsident nicht mehr nötig, über dieses heikle Thema mit allen im Bundestag vertretenen Fraktionen zu reden. Als ob die Glaubwürdigkeit des Bundestages nicht schon auf einem Tiefpunkt angekommen ist!

Die Fraktion DIE LINKE. lehnt Diätenerhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt kategorisch ab.

*Dr. Dagmar Enkelmann,
Bundestagsabgeordnete (DIE LINKE.)*

Wissenswertes zur Arbeit in den Aufsichtsräten!

Grundlage für die Arbeit des Aufsichtsrates ist das Aktiengesetz. Entstanden ist dieses Gremium, um die Anteile der Eigner an jeweiligen Unternehmen zu sichern. Dieses Gremium hat die Aufgabe, die Geschäftsführung zu kontrollieren und zu überwachen bezüglich der Leitung und wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens.

Ein Gesellschaftervertrag regelt die Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates.

Aus dem Gesetz leiten sich eine Reihe von Grundsätzen für die Arbeit eines Aufsichtsratsmitgliedes ab.

Dazu gehören beispielsweise:

- Kollegialorgan,
- Innenorgan,
- Höchstpersönlichkeitsrecht und Weisungsfreiheit,
- Verschwiegenheitspflicht,
- Aufsichtsratsmitglieder sind ausschließlich dem Unternehmen verpflichtet.

Man kann schon anhand dieser ausgewählten Grundsätze erkennen, dass dieses Gesetz ausschließlich den Interessen der Aktionäre und den Interessen des Unternehmens dient. Kommunale Unternehmen unterliegen den gleichen Regeln. Kommunalpolitiker der Linkspartei müssen als Mitglieder von Aufsichtsräten oft in einem großen Spannungsfeld agieren. Im Sinne des Unternehmens zu entscheiden ist oft nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

Der Erhalt eines Unternehmens steht an erster Stelle bei Entscheidungen des Aufsichtsrates, danach kommen andere Kriterien.

Gesetzliche Änderungen gerade in diesem Bereich wären also dringend erforderlich.

Demokratie sollte eben auch in wirtschaftlichen Unternehmen eine Grundlage bilden.

Arbeit in Aufsichtsräten

Landläufig wird davon ausgegangen, dass Mitglieder von Aufsichtsräten, auch von kommunalen Betrieben, erheblichen Einblick in und Einfluss auf die Arbeit dieser Unternehmen haben.

Ein Blick in das Aktiengesetz, auf das sich die Arbeit von Aufsichtsräten gründet, zeigt, dass dies in nur sehr eingeschränktem Maße möglich ist. Dies wird um so verständlicher, wenn man bedenkt, dass Aufsichtsräte geschaffen wurden, um dafür zu sorgen, dass sich das Geld der Anleger nur ständig »vermehrt«.

Der Aufsichtsrat existiert, um sicher zu stellen, dass das Unternehmen so am Markt arbeitet, dass es Gewinne erwirtschaftet.

Ein Aufsichtsrat wirkt immer als Kollektivorgan. Mehrheitsentscheidungen gelten.

Einzig der Geschäftsführer des kontrollierten Unternehmens ist dem Rat verpflichtet, Aussagen zu machen, Berichte vorzulegen, Bilanzen zu erläutern.

Daraus resultiert, dass Mitglieder von Aufsichtsräten in der Lage sein müssen, Bilanzen zu lesen und zu verstehen. Dies ist um so wichtiger, als auch Aufsichtsräte in Haftung genommen werden können.

Tritt ein Mitarbeiter des Unternehmens mit betrieblichen Problemen an ein Mitglied des Aufsichtsrates heran, ist es wichtig zu wissen, dass er damit bereits seine Friedenspflicht verletzt, seinen Arbeitsplatz riskiert. Hinzu kommt, dass etwaige Aussagen für das Mitglied des Rates null und nichtig sind. Er darf solche Informationen nicht verwenden.

Nach außen hin haben alle Mitglieder von Aufsichtsräten Verschwiegenheitspflicht.

Was bedeutet dies nun für die Mitarbeit der Vertreter/-innen unserer Partei in Aufsichtsräten von kommunalen Betrieben?

1. Im Aufsichtsrat sind **immer** Beschlüsse zu unterstützen, die sicherstellen, dass das Unternehmen **wirtschaftlich** arbeitet.
2. Bei Vorlagen, deren politische Auswirkungen unserer Meinung entgegenstehen, bleibt entweder Enthaltung oder Abwesenheit bei der Abstimmung.
3. Nach außen hin dürfen Beschlüsse des Aufsichtsrates nicht kommentiert, geschweige denn kritisiert werden.

Wolfgang Witzel

Info aus der Sitzung des Ortsvorstandes vom 15. Mai 2007

Zu Beginn tauschten die Mitglieder des OV ihre Meinungen zu zwei aktuellen politischen Themen aus.

Zum einen betraf dies die im Auftrag der Landesregierung erstellte Studie zu abbauwürdigen Braunkohlelagerstätten in unserer Region und zum anderen der bevorstehende G8-Gipfel und die geplante Großdemo dagegen am 02.06.07 in Rostock. Als Weiteres wurde der OV über Aktuelles aus dem Kreisvorstand informiert. Ein Schwerpunkt stellt die geplante Fusion des Kreisverbandes

SPN mit dem Stadtverband Cottbus dar. Bis zum 30.06.07 ist die Abstimmung über die Fusion in allen Ortsverbänden geplant. Auf einer Gesamtmitgliederversammlung Ende Juni ist durch die Mitglieder über die Gründungsdokumente abzustimmen.

Kritisch bewertete der Ortsvorstand die sehr geringe Teilnahme an der Veranstaltung zum Mindestlohn am 02.05.07. Es gelang nur unzureichend, die Mitgliedschaft für dieses Thema zu interessieren. Ein weiteres Thema war das tra-

ditionelle Friedensfest. Hier wurden durch den Ortsvorstand erste Ideen entwickelt, um neue Formen für eine ansprechende Veranstaltung zu finden.

Der Vorstand beschäftigte sich auch mit der Arbeit der AG Malxeblatt. Es wurde festgestellt, dass die AG einen wichtigen Beitrag für die Darstellung der Arbeit der Stadtverordneten unserer Partei leistet.

*Cornelia Janisch,
Stellvertretende Ortsvorsitzende
Die Linke.PDS*

Geplante Privatisierung der Bahn verfassungswidrig



In Berlin fand eine Sachverständigenanhörung zu den verfassungsrechtlichen Auswirkungen der geplanten Bahn-Privatisierung statt. Nur ein einziger der fünf geladenen Verfassungsrechtler hält die derzeitigen Bahnpläne der Bundesregierung für vereinbar mit dem Grundgesetz.

Das von Verkehrsminister Tiefensee geplante Privatisierungsmodell ist nämlich mit dem Infrastrukturauftrag des Grundgesetzes, Art. 87 e Abs. 4,

nicht vereinbar. Danach muss der Bund beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes und im Personenfernverkehr dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen Rechnung tragen. Das ist eine verfassungsrechtliche Verpflichtung. Der Vorstand eines privaten Bahn-Konzerns aber wäre laut Aktienrecht zur Rendite verpflichtet. Diese sich wechselseitig ausschließenden Interessen kann der Verkehrsminister mit seinem Eigentumssicherungsmodell unmöglich unter einen Hut bekommen. Hinzu kommt eine abenteuerliche Regelung: Sollte das Netz eines Tages wieder ganz an den Bund zurückfallen, muss er

der Bahn einen Wertausgleich zahlen. – Das grenzt an eine vorsätzliche Veruntreuung von Steuergeldern: Der Steuerzahler soll, nachdem er mit seinem Geld eine Eisenbahninfrastruktur aufgebaut und unterhalten hat, das von ihm finanzierte Netz zurückkaufen und damit ein zweites Mal bezahlen. Es kann also nur eine politische Konsequenz geben, und die ist verfassungsrechtlich geboten: Die Bahn gehört allen, und das muss so bleiben.

*Wolfgang Neskovic,
rechtspolitischer Sprecher der
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag und Abgeordneter
im Wahlkreis Cottbus/Spree-Neiße*

WASG nominiert vier Vertreter für Vorstand der neuen Linken

Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) in Brandenburg hat ihren letzten Parteitag vor der Fusion mit der Linkspartei.PDS abgehalten.

Dabei nominierten die rund 50 Delegierten vier Vertreter für den Vorstand der neuen Linken. Bei der Nominierung

für das Amt des Stellvertreters setzte sich überraschend Christian Eicke gegen den bisherigen WASG-Landeschef Steffen Hultsch durch.

Hultsch wurde jedoch als normales Vorstandsmitglied nominiert. Zudem wurden Dagmar Lorenz und Petra Wirth aufgestellt. Auf der Männerliste für den

neuen Vorstand hatten sich insgesamt acht Kandidaten beworben. Auf der Frauenliste hatte es fünf Bewerbungen gegeben. Die Fusion der Landesverbände von WASG und Linkspartei soll in diesem Sommer vollzogen werden. Im September soll bei einem Gründungsparteitag ein gemeinsamer Übergangsvorstand gewählt werden. Anschließend sollen die Kreisverbände zusammengelagt werden. Diese nominieren dann Delegierte für den ersten ordentlichen Parteitag der neuen Linken. Dieser wird im Januar 2008 den ersten ordentlichen Vorstand wählen. Die neue Partei soll von einem Vorsitzenden sowie zwei Stellvertretern geführt werden. Dabei soll der Vorsitzende aus der Linkspartei sowie je ein Stellvertreter aus Linkspartei und WASG kommen. Die Linkspartei hat derzeit knapp 10 000 Mitglieder in Brandenburg, bei der WASG sind es rund 200.

Presseinformation

»Sonnige« Bilanz mit Schattenseiten

Zur Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt im Monat Mai

3.805.950 Millionen Menschen in Deutschland waren im Mai arbeitslos. 3.806 Millionen Arbeitslose: Das ist und bleibt ein gesellschaftlicher Skandal.

Der wirtschaftliche Aufschwung, der mit dem Agieren der Bundesregierung nichts zu tun hat, kommt bei den allermeisten Arbeitslosen nicht an. Die extrem hohe Sockelarbeitslosigkeit verringert sich durch den saisonbedingten Rückgang nicht. Die meisten neugeschaffenen Stellen entstanden im Niedriglohnbereich und sind keine existenzsichernden Arbeitsplätze, die Arbeitslosigkeit im Osten ist nach wie vor doppelt so hoch wie in den alten

Ländern. Damit der Aufschwung bei allen ankommt, braucht er eine gesunde Basis.

Dazu gehört für die Linkspartei.PDS ein gesetzlicher Mindestlohn, denn von Arbeit muss man leben können.

Dazu gehört eine öffentlich geförderte Beschäftigungspolitik, damit auch Langzeitarbeitslose wieder Perspektiven haben. Eine Aufstockung öffentlicher Investitionen in die Infrastruktur der Zukunft, wie von uns gefordert, gibt dem Osten und den strukturschwachen Regionen im Westen wieder eine Chance.

*Dietmar Bartsch,
Bundesgeschäftsführer
der Linkspartei.PDS*

Mitgliederversammlung

am Mittwoch, dem 27. Juni 2007,
um 18:30 Uhr im Bürgerzentrum
mit Wahl der Delegierten für den
Vereinigungskreisparteitag

Petra Paus Newsletter

Unredliche Geister-Debatte um NPD-Verbot hilft nur der NPD

Spitzenpolitiker der Koalition streiten sich weiter über ein neues NPD-Verbotsverfahren.

Diese Geister-Debatte hilft nur der NPD, die damit noch wichtiger geredet wird. Sie ist zudem unredlich, denn weder die Unionsparteien noch die SPD sind bereit, das NPD-Verbotshindernis zu beseitigen. Das erste Verfahren ist gescheitert, weil das Bundesverfassungsgericht nicht mehr auseinander halten konnte, welche Anklage-Belege originär von der NPD waren und welche von V-Leuten stammten. Diese Falle steht noch immer. V-Leute wiederum sind staatlich gekaufte Zeugen und bezahlte Täter. Wie tatkräftig sie sind, müssen sie innerhalb der rechtsextremistischen Szene beweisen. Wenn nicht, dann erlangen sie auch keine relevanten Informationen. DIE LINKE fordert stattdessen eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach EU-Vorbild. Das wiederum lehnen die Union und die SPD ab. Wie gesagt: »Geister-Debatte!«

Grundgesetz untersagt Lizenz zum Töten Bundesinnenminister Schäuble will weiterhin ein Luftsicherheitsgesetz und dafür das Grundgesetz ändern.

Das erste Luftsicherheitsgesetz ist vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert, weil es mit dem Grundge-

setz unvereinbar war. Dasselbe Schicksal prophezeie ich einer Neuauflage dieser Lizenz zum Töten. Niemand hat das Recht, Leben gegen Leben abzuwägen und vermeintlich minderwertiges Leben gegen angeblich höherwertiges zu opfern. Das aber ist der Kern eines Luftsicherheitsgesetzes, das erlauben würde, entführte Passagiere abzuschießen, um eventuell größeres Unheil zu verhindern.

Gegen Demokratieverdruss hilft nur mehr Demokratie

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Papier, hat einen Vertrauensschwund der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Politik und der parlamentarischen Demokratie festgestellt.

Der Befund stimmt und zeichnet sich seit längerem ab. Richtig ist auch, dass die Parlamente gestärkt werden müssen. Sie haben längst nicht mehr die Bedeutung, die ihnen eigentlich gebührt. Aber auch das ist zu wenig. Gegen Demokratieverlust hilft letztlich nur mehr Demokratie, mehr direkte Demokratie, also Volksentscheide. Zumal: In Fragen direkter Demokratie ist die Bundesrepublik Deutschland noch immer ein EU-Entwicklungsland. Übrigens: Demokratieverdruss ist keine Grippe, die nach einer Woche verschwindet. Demokratieverdruss wirkt eher wie AIDS, er schwächt das gesellschaftliche Immunsystem. Genau das ist ein Einfallstor für rechtsextremistische Kameraden mit ihren braunen Parolen.

(Petra Pau ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses)

PINNWAND

Termine

Di., 12.06., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Sitzung der Fraktion Die Linke.PDS der SVV Forst
Di., 19.06., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Die Linke.PDS-Ortsvorstandssitzung
Mo., 02.07., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
AG »Malxe-Blatt«

Meinungsfreiheit ist ...

die Freiheit, Kritik am Kapitalismus für Extremismus halten zu dürfen.

Wolfgang Mocker



Die Profis

Die Briten wollen ihre Truppen im Irak reduzieren. Machen das nicht die Iraker?

Kerstin Witt

Geburtstage

16.06.: 79 Jahre, Genn. Gerda Nitschke
18.06.: 75 Jahre, Genn. Waltraud Borstel
26.06.: 73 Jahre, Gen. Wolfgang Mahling
27.06.: 81 Jahre, Gen. Heinz Noack
28.06.: 71 Jahre, Genn. Rosemarie Bräuer
28.06.: 69 Jahre, Gen. Winfried Schubert
07.07.: 79 Jahre, Gen. Werner Cieslak
12.07.: 67 Jahre, Genn. Gudrun Ritschel

*Herzlichen Glückwunsch
den Jubilaren!*

Traue keiner Statistik

Trotz des Rückgangs der Arbeitslosenzahl auf unter vier Millionen warnt die Bundesagentur für Arbeit vor Euphorie. Die in Nürnberg wissen nämlich genau, wie die Zahl zustande gekommen ist.

Frank B. Klinger

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst der Linkspartei.PDS
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand der Linkspartei.PDS
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 601 900 059, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.linkspartei.pds-forst-lausitz.de
E-Mail: info@pds-forst-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.